

Hiroshima und Nagasaki mahnen:

6. August 1945 - 6. August 2009

6. August 2009:
MAHNWACHE 17 - 19 Uhr
Marktplatz (Durchgang zum Schloss)
KARLSRUHE

Atomwaffen abschaffen

*bevor sie
uns abschaffen!*



FRIEDENSBÜNDNIS KARLSRUHE

www.friedensbuendnis-ka.de

E-mail: friedensbuendnis-ka@web.de



6. August 1945

Eine einzige Bombe nur fiel aus dem Schacht eines US-Bombers. Sie verwandelte die Stadt in ein Inferno. Im Zentrum stand kein einziges Gebäude mehr; ein Feuersturm raste durch die Trümmer. Zehntausende waren sofort tot, weitere starben in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten an ihren Verletzungen - insgesamt 140.000 Menschen bis zum Ende des Jahres 1945.

Drei Tage später wurde eine zweite Stadt in der gleichen Weise vernichtet - noch einmal 70.000 Menschen fanden den Tod.



64 Jahre nach Hiroshima: Atomwaffen endlich abschaffen!

64 Jahre nach der Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki durch Atombombeneinsätze der USA ist die Gefahr eines atomaren Infernos nicht gebannt. Im Gegenteil: Vieles deutet darauf hin, dass bereits ein neues Atomwaffenzeitalter begonnen hat. Während der Regierungszeit von George W. Bush wurde in den USA an der Entwicklung neuer Atomwaffen gearbeitet. "Bunkerknacker" und "Mininukes" sollten Atomwaffen zur taktisch einsetzbaren Waffe machen. Die Hemmschwelle zum Einsatz von Atomwaffen wurde so gesenkt.

Der völkerrechtswidrige Krieg gegen den Irak hat ein verheerendes Signal in die Welt gesendet: Weitere Länder werden versuchen, sich Massenvernichtungswaffen zu verschaffen mit der Begründung, sich vor Überfällen der US-Militärs zu schützen.

Im Juni 2005 scheiterte die Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages vor allem an der Haltung der US-Regierung, die sich zu keinerlei Abrüstungsschritten bereit erklären wollte.

Die Bush-Regierung hat noch weitere "Minen" hinterlassen. Im Jahr 2002 kündigte sie den ABM-Vertrag, der den Aufbau flächendeckender Raketenabwehrsysteme untersagte. Damit brachte sie eine wichtige Säule des internationalen Gebäudes für strategische Rüstungskontrolle zum Einsturz. In den letzten Jahren wurden Verträge zur Stationierung von Raketenabwehrsystemen mit Tschechien und Polen geschlossen. Russland hat darauf mit der Ankündigung geantwortet, atomare Kurzstreckenraketen in Kaliningrad zu stationieren. Im Dezember 2009 läuft zudem der START-Vertrag aus, der die Zahl strategischer Atomwaffen der USA und Russlands begrenzt.

Im April kündigte der neue US-Präsident Obama in Prag Initiativen für eine Welt ohne Atomwaffen an. Inzwischen wird zwischen Russland und den USA endlich wieder über eine Begrenzung von Atomwaffen verhandelt. Bislang aber haben die USA nicht auf die Raketenabwehrpläne in Osteuropa verzichtet - für Russland eine Voraussetzung für ein Abrüstungsabkommen. Auch darüber, ob Atomwaffen wirklich abgerüstet oder nur eingemottet werden, um sie bei passender Gelegenheit wieder zu stationieren, gibt es noch keine Einigung. Die USA und Russland haben bislang auch nicht auf ihre atomaren Erstschlagoptionen verzichtet.

Auch die NATO behält sich den Ersteinsatz von Atomwaffen vor. Unter dem Vorwand des "Krieges gegen den Terror" wird der Angriff auf missliebige Regime zur "präventiven Selbstverteidigung" uminterpretiert. Vermutete Massenvernichtungswaffen könnten den Vorwand für einen atomaren Erstschlag liefern. Die Europäische Union hat in ihrer Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 keinen Verzicht auf Atomwaffen erklärt. Die EU-Mitgliedsstaaten Frankreich und Großbritannien modernisieren ihre Atomkriegsarsenale und sehen sie inzwischen als legitime Waffen zur Durchsetzung und Wahrung eigener politischer Interessen.

Atomwaffen aus Deutschland abziehen!

Seit mehr als 50 Jahren lagern Atomwaffen in Deutschland. Fast genau so lange trainieren deutsche Soldaten, wie man diese Waffen im Krieg einsetzt.

In Büchel beim Jagdbombengeschwader 33 der Bundeswehr lagern etwa 20 Atombomben, deren Zerstörungskraft mehreren Hundert Hiroshima-Bomben entspricht.

FDP, Grüne und Die Linke fordern inzwischen ihren Abzug, auch die SPD unterstützt in ihrem Bundestagswahlprogramm den Abzug. Trotzdem haben SPD und CDU/CSU im Frühjahr gemeinsam entsprechende Anträge von FDP, Grünen und Die Linke im Bundestag abgelehnt.

Solange Atomwaffen in Deutschland lagern, solange hat die Bundeswehr auch den „Finger mit am Abzug“. Tornado-Kampfflugzeuge sollen im Kriegsfall diese Waffen ins Zielgebiet tragen. Diese „atomare Teilhabe“, die dem Geist des Atomwaffensperrvertrages widerspricht, soll nach dem Willen der CDU auch künftig in der NATO-Strategie verankert bleiben. In ihrer „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ rechtfertigt sie Kriegseinsätze zur „Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung“ und hält die bisherige Unterscheidung von „Kriegszustand und Friedenszeit“ für nicht mehr zeitgemäß. Im Januar 2006 hatte der ehemalige Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) gar gefordert, Deutschland solle auf Bedrohungen notfalls „mit eigenen Atomwaffen reagieren“.

Dagegen fordern wir:



den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland; die Beendigung der "atomaren Teilhabe" der Bundeswehr;



ein klares Nein zum Ersteinsatz von Atomwaffen und zu den Atomkriegsplanungen der NATO und der USA;



einen vollständigen und immerwährenden Verzicht Deutschlands auf Atomwaffen, auch unter europäischen Vorzeichen;



Ein klares NEIN zur Militarisierung der Europäischen Union, wie im Vertrag von Lissabon enthalten.



Mittwoch, 2. September 2009
19:30 Uhr, Bonhoeffer-Haus Karlsruhe
Gartenstraße 29a

Wie weiter in Afghanistan?

Gesprächsrunde mit
- Karin Binder, Die Linke, MdB
- Johannes Jung, SPD, MdB
- Andreas Zumach, Journalist



ANTI-KRIEGSTAG, 1. September

17 - 18 Uhr Mahnwache & Flugblattverteilung

am Marktplatz - Durchgang zum Schloss

18 Uhr Kundgebung Marktplatz - Brunnen vor dem Rathaus

Peace-Zeichen aus Blumen (bitte Blumen mitbringen!)

**ANTI
KRIEGS
TAG**

**1.9.
2009**